

Kreistag

Sitzung am 15. Dezember 2014

Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für den Rems-Murr-Kreis und der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Rems-Murr-Stiftung für das Jahr 2015		
verantwortlich:		Drucksache 2014-124-KT15.12.
Geschäftsbereich Finanzen		16 Anlagen
		11.12.2014
<u>Vorberatung:</u>	16.10.2014 24.11.2014 24.11.2014 01.12.2014 08.12.2014	Stiftungsbeirat Sozialausschuss Jugendhilfeausschuss Umwelt- und Verkehrsausschuss Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss
<u>Beschlussfassung:</u>	15.12.2014	Kreistag

<u>Beschlussvorschlag:</u>	
1)	<p>a) Die Kürzungen der Freiwilligkeitsleistungen in der Zuständigkeit des Sozialausschusses mit 35.300 Euro werden zurückgenommen. Die Leistungen bleiben mit Ausnahme der Geschäftsausgaben der Fraktionen insgesamt ungekürzt.</p> <p><u>Erläuterung:</u> <i>Abstimmung über eine Rücknahme der Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen in Höhe von 35.300 Euro entgegen dem Beschluss des Sozialausschusses sowie Abstimmung über einen Gesamtbeschluss zur Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Kürzung (FDP-FW-Fraktion), • keine Kürzung mit Ausnahme der Geschäftsausgaben der Fraktionen (Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion, SPD-Fraktion), • Kürzung wie von der Verwaltung vorgeschlagen als Paketlösung (CDU-Fraktion) <p>b) Die Verwaltung schlägt vor, auf eine Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen im Jahr 2015 zu verzichten</p> <p><u>Erläuterung:</u> <i>Abstimmung über den Antrag der FDP-FW-Fraktion die Verwaltung zu beauftragen, eine Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen im Jahr 2015 in den zuständigen Ausschüssen zu beraten.</i></p>
2)	<p>Die Verwaltung schlägt die Ablehnung des Antrags über die Deckelung der Personalaufwendungen ab 2016 vor.</p> <p><u>Erläuterung:</u> <i>Abstimmung über eine Deckelung der Personalaufwendungen auf 64,2 Mio. Euro ab 2016 (SPD-Fraktion)</i></p>

3) **Abstimmung über die Anträge zu einer Globalen Minderaufwendung.**

Erläuterung:

Abstimmung über eine Globale Minderaufwendung bei den Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von

- *1.555.600 Euro bei den Personalaufwendungen sowie 1.452.100 Euro bei den Sachaufwendungen (SPD-Fraktion),*
- *jeweils 1.250.000 Euro bei den Personal- und Sachaufwendungen (Freie Wähler-Fraktion),*
- *jeweils 500.000 Euro bei den Personal- und Sachaufwendungen (CDU-Fraktion)*

4) **Der Ansatz der Grunderwerbssteuer wird um X Euro erhöht.**

Erläuterung:

Abstimmung über die Erhöhung der Grunderwerbssteuer um

- *1.000.000 Euro (Freie-Wähler-Fraktion)*
- *300.000 Euro (CDU-Fraktion)*
- *276.000 Euro (Verwaltungsvorschlag)*

5) **Abstimmung über den Antrag auf Verwendung der Haushaltsverbesserungen mit der Planerstellung zur Reduzierung der Schuldaufnahme.**

Erläuterung:

Abstimmung über die Verwendung möglicher Haushaltsverbesserungen bei der Planerstellung zur Reduzierung der Schuldaufnahme und nicht zur Senkung der Kreisumlage (Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion)

Die Verwaltung schlägt vor, hierüber beim Finanzzwischenbericht zu beraten und zu entscheiden.

6) Den unter Abschnitt IV (S. 22 ff) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2015 u.a. durch die Fachausschüsse wird zugestimmt [Ausgenommen hiervon sind die Freiwilligkeitsleistungen].

7)	<p>Abstimmung über den Kreisumlagehebesatz:</p> <p><u>Reihenfolge der Abstimmung:</u></p> <p>Antrag Freie-Wähler-Fraktion: Hebesatz 36,09%</p> <p>Antrag FDP-FW-Fraktion: Hebesatz 37,5%</p> <p>Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: Hebesatz 38,5%</p> <p>Antrag CDU-Fraktion: Hebesatz 37,67%</p> <p>Antrag SPD-Fraktion: Hebesatz 37,9%</p> <p>Verwaltungsvorschlag: Hebesatz: 38,07%</p> <p>Der Kreisumlagehebesatz wird mit%-Punkten festgesetzt.</p>																		
8)	<p>In Folge der mehrheitlich beschlossenen Kreisumlage, wird die hieraus entstehende Deckungslücke über Kredite finanziert. Den sich daraus ergebenden Änderungen unter Abschnitt IV. wird zugestimmt.</p>																		
9)	<p>Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2015</p> <p>Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.289) in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl.S.581) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften vom 16.04.2013 (GBl.S55) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen:</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p>Der Haushaltsplan wird festgesetzt:</p> <p>1. Im <u>Ergebnishaushalt</u> mit dem</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 80%;">1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von</td> <td style="text-align: right;">..... Euro</td> </tr> <tr> <td>1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von</td> <td style="text-align: right;">..... Euro</td> </tr> <tr> <td>1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von</td> <td style="text-align: right;">..... Euro</td> </tr> <tr> <td>1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von</td> <td style="text-align: right;">..... Euro</td> </tr> <tr> <td>1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von</td> <td style="text-align: right;">6.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von</td> <td style="text-align: right;">- 6.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von</td> <td style="text-align: right;">..... <u>Euro</u></td> </tr> </table>	1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von Euro	1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von Euro	1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von Euro	1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro	1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von Euro	1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 Euro	1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	6.000.000 Euro	1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	- 6.000.000 Euro	1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von <u>Euro</u>
1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von Euro																		
1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von Euro																		
1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von Euro																		
1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro																		
1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von Euro																		
1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 Euro																		
1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	6.000.000 Euro																		
1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	- 6.000.000 Euro																		
1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von <u>Euro</u>																		

2. Im **Finanzhaushalt** mit dem

- | | |
|--|-------------------|
| 2.1. Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit von | Euro |
| 2.2. Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit von | Euro |
| 2.3. Zahlungsmittelüberschuss aus
laufender Verwaltungstätigkeit
(Saldo aus 2.1 und 2.2) von | Euro |
| 2.4. Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus Investitionstätigkeit von | Euro |
| 2.5. Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus Investitionstätigkeit von | Euro |
| 2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittel-
bedarf aus Investitionstätigkeit
(Saldo aus 2.4 und 2.5) von | Euro |
| 2.7. Veranschlagter Finanzierungsmittel-
bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) | Euro |
| 2.8. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit
(Einzahlungen aus Kreditaufnahmen) von | Euro |
| 2.9. Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus Finanzierungstätigkeit (Auszahl-
ungen für die Tilgung von Krediten) von | Euro |
| 2.10. Veranschlagter Finanzierungsmittelüber-
schuss aus Finanzierungstätigkeit
(Saldo aus 2.8 und 2.9) von | Euro |
| 2.11. Veranschlagte Änderung des
Finanzierungsmittelbestandes,
Saldo des Finanzhaushalts
(Saldo aus 2.7 und 2.10) von | Euro |

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 2.935.000 Euro

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreis kasse auf 20.000.000 Euro

§ 5 Hebesatz

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

- | | |
|-----|---|
| 10) | Die Finanzplanung wird einschließlich der unter Abschnitt V. aufgeführten Änderungen (siehe S. 25) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen. |
| 11) | Der Stellenplan wird einschließlich der unter Abschnitt VI. aufgeführten Änderungen (siehe S. 26) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen. |

12) Haushaltssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ für das Haushaltsjahr 2015

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, 698) i.V. mit § 5 der Stiftungssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ in der Fassung vom 20.01.2009 wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit:

- | | |
|--|-------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | |
| im Verwaltungshaushalt | 36.000 Euro |
| im Vermögenshaushalt | 10.200 Euro |
| | |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen | |
| Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen) | |
| in Höhe von | 0 Euro |
| | |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungser- | |
| mächtigungen in Höhe von | 0 Euro |

§ 2 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf – 0 Euro - festgesetzt.

I. Änderungen der Haushaltsansätze im Haushaltsplanentwurf 2015 des Rems-Murr-Kreises

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss hat am 08.12.2014 den Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 beraten. Er empfiehlt dem Kreistag, den seit Einbringung eingetretenen Änderungen (mit Beschlussfassungen des Sozialausschusses vom 24.11.2014, des Jugendhilfeausschusses vom 24.11.2014, des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 01.12.2014 und des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses vom 08.12.2014, siehe diese Drucksache Nr. II A bis D, Seiten 11 ff. mit Ausnahme der Kürzungen der Freiwilligkeitsleistungen im Sozialbereich (35.300 Euro) zuzustimmen.

Bei den Änderungen handelt es sich um folgende Positionen:

Prod. bereich	Bezeichnung	Erträge Euro	Aufwendun- gen Euro
Veränderungen Ergebnishaushalt			
THH02 11.11	Querschnitt Dezernat 1 Geschäftsausgaben der Fraktionen (<i>Beschluss VSKA vom 08.12.2014</i>)		-2.200
THH03 21.50	Schulen, Bildung und Kultur Personalkostenzuschuss Autistenklasse der Paulinenpflege (<i>Beschluss VSKA vom 08.12.2014</i>)		5.000
THH04 11.24	Querschnitt Geschäftsbereich Finanzen Mieten Stellplätze Verwaltung (<i>Kreistagsbeschluss vom 17.11.2014</i>)	4.500	
11.24	Mieten Stellplätze Schulen (<i>Kreistagsbeschluss vom 17.11.2014</i>)	3.500	
11.24	Lüftungssanierung BSZ Backnang (<i>Beschluss VSKA vom 08.12.2014</i>)		-50.000
11.24	Sonstige Maßnahmen BSZ WN (<i>Beschluss VSKA vom 08.12.2014</i>)		-100.000
THH05 53.70	Forst, Straßen und Abfallwirtschaft Gebührenmarkenverkauf	-2.604.200	
53.70	Zuführ.Gebührenüberschussrückstellung		-2.604.200
THH06 54.70	Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz Verkehrslastenausgleich Stadt Stuttgart (<i>Vertragsentwurf Finanzierung ÖPNV</i>)		551.000
54.70	Umlage Verband Region Stuttgart		-1.282.000
54.70	Linienverkehre (<i>Einbringung Haushaltsentwurf VRS am 01.10.2014 mit haushaltsrelevanten Änderungen vom 20.11.2014</i>)		543.000
54.70	KP 03 ÖPNV Rems-Murr-Offensive		-55.000
54.70	Fahrrad 2 Go		-45.000
57.30	Zuweisung an Zweckverband Verkehrsverband Wielaufthalbahn (<i>Änderungen beim ZV</i>)		120.500
THH 07 51.11	Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht Personalaufwand		1.000
52.10	Personalaufwand		3.300
56.10	Personalaufwand		5.200
56.10	KP 09 Klimakomponente in Mietobergrenzen		-50.000
56.10	KP 12 Ausbau Energieberatung		-30.000

Prod. bereich	Bezeichnung	Erträge Euro	Aufwendungen Euro
56.10	KP 14 Gewerbeenergie		-10.000
56.10	KP 16 Koordination für Kommunen und Investoren f. Windkraft		-2.000
THH 08	Soziales, Jugend und Gesundheit		
31.30	Personalaufwand		127.600
31.40	Personalaufwand		38.600
31.60	Zuschuss EH-Mobil		36.000
31.60	Zuschuss Sozialfonds		-4.000
31.60	Zuschuss Freie Wohlfahrtsverbände		-30.700
31.60	Zuschuss Kreissenorenrat		-600
36.30	Personalkostenzuschuss sozialpädagogische Ganztagsbetreuung Paulinenpflege		24.000
36.30	Zuschuss Präventionsangebot HaLT		3.500
THH09	Finanzwirtschaft		
61.10	Kreisumlage	-1.865.300	
	Absenkung Hebesatz auf 38,12 %)		
	Schlüsselzuweisungen	-392.000	
	(Auswirkung November Steuerschätzung und Anpassung Einwohnerzahl)		
		Entwurf	aktuell
	Einwohnerzahl	413.025	414.163
	Kopfbetrag	613	610
	Bedarfsmesszahl	253.184.325	252.639.430
	Steuerkraftmesszahl	178.421.240	178.421.240
	Schlüsselzahl	74.763.085	74.218.190
	Auszahlung	72%	72%
	Schlüsselzuweisungen	53.829.421	53.437.097
	S U M M E Veränderung Ergebnishaushalt	-4.853.500	-2.807.000
	Veränderung Tilgungsanteil im Finanzhaushalt (aus Ergebnishaushalt finanziert)		-240.000
	S A L D O Ergebnishaushalt		-1.806.500

		Einzahlungen Euro	Auszahlungen Euro
Veränderungen Finanzhaushalt			
	<u>Veränderungen Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	-4.853.500	-202.800
	<u>Investitionstätigkeit</u>		
THH 04	Lüftungssanierung BSZ Backnang		-300.000
	Fassadensanierung BSZ WN		-175.000
	Einbau BHKW inkl. Erneuerung Heizungsverteiler KSZ Fellbach		-275.000
	Fortführung Fassadensanierung KSZ Murrhardt		-100.000
THH 05	Radwegeprogramm		-400.000
THH06	Umlage Verband Region Stuttgart <i>(Einbringung Haushaltsentwurf VRS am 01.10.2014 mit haushaltsrelevanten Änderungen vom 20.11.2014)</i> Umlage an Zweckverband Verkehrsverband Wies- laufalbahn <i>(Änderung beim ZV)</i>		-836.000 45.500
THH 07	KP 07 Neue Wege für die Mobilität im Alltag		-6.000
THH 09	Darlehen an AWG		3.115.000
	Summe Investitionstätigkeit	0	1.068.500
S U M M E Veränderung Finanzierungsmittelbedarf		-4.853.500	865.700
S A L D O Finanzhaushalt		-5.719.200	

Finanzplanung 2016 – 2018

Ergebnishaushalt

	2016	2017	2018
THH 09 Finanzwirtschaft Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
Entwurf	194.164.000	200.656.000	192.940.000
neu	194.145.000	201.393.000	194.409.000
Differenz	-19.000	737.000	1.469.000
THH 06 Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz Umlage Verband Region Stuttgart			
Entwurf	8.700.000	9.100.000	9.500.000
neu	8.562.000	9.640.000	10.692.000
Differenz	-138.000	540.000	1.192.000
Linienverkehre			
Entwurf	2.500.000	2.500.000	2.500.000
neu	2.619.000	2.697.000	2.777.000
Differenz	119.000	197.000	277.000
ordentliches Ergebnis			
Entwurf	0	0	0
Summe Änderungen Erträge	-19.000	737.000	1.469.000
Summe Änderungen Aufwände	-19.000	737.000	1.469.000
ordentliches Ergebnis neu	0	0	0

II. Zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen in den Beratungen der Kreistagsausschüsse

A) Jugendhilfeausschuss am 24.11.2014

Antrag der Paulinenpflege auf Erhöhung des Personalkostenzuschusses für die sozialpädagogische Ganztagesbetreuung

Der Jugendhilfeausschuss hat beschlossen, den Personalkostenzuschuss für die sozialpädagogische Ganztagesbetreuung von 50.000 Euro auf 56.000 Euro je Stelle für vier Personalstellen zu gewähren. Eine pauschale Kürzung des Mehrbedarfs von 24.000 Euro um 20% wurde abgelehnt.

Antrag auf Zuschuss für das Projekt HaLT von Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis und Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz

Der Jugendhilfeausschuss hat beschlossen, das Projekt „HaLT“ von Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis und Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz zwei Jahre befristet mit jährlich 3.500 Euro zu unterstützen. Eine Kürzung des Zuschusses um 20% wurde abgelehnt.

B) Sozialausschuss am 24.11.2014

Antrag der Erlacher Höhe auf Weitergewährung und Erhöhung des bisherigen Zuschusses des EH-Mobils

Der Sozialausschuss hat beschlossen, den Zuschuss für das EH-Mobil der Erlacher Höhe auf drei Jahre befristet in der bisherigen Höhe von 36.000 Euro weiterzugewähren.

Freiwilligkeitsleistungen

Der Sozialausschuss hat Kürzungen bei den Freiwilligkeitsleistungen, die in der Zuständigkeit des Fachausschusses liegen, in Höhe von 35.300 Euro zugestimmt.

C) Umwelt- und Verkehrsausschuss am 01.12.2014

Freiwilligkeitsleistungen

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss hat Kürzungen bei den Freiwilligkeitsleistungen, die in der Zuständigkeit des Fachausschusses liegen, in Höhe von 20.200 Euro, abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion und der AfD auf Kürzung der Mittel beim Radwegekonzept um 400.000 Euro/ Antrag der AfD auf Kürzung der Mittel beim Klimaschutz-Plus Projekt „KP 06 - Optimierung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis – Gesamtkonzeption und Maßnahmen“ um 200.000 Euro

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss hat beschlossen, die Mittel um 400.000 Euro beim Radwegekonzept zu kürzen. Der Planansatz beim Klimaschutz-Plus Projekt KP 06 in Höhe von 200.000 Euro bleibt weiter bestehen.

Antrag der CDU-Fraktion auf eine Kürzung von 175.000 Euro bei Fahrrad 2 Go

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss hat beschlossen, die Finanzmittel bei Fahrrad 2 Go um insgesamt 100.000 Euro zu kürzen (55.000 Euro aus dem Klimaschutz-plus-Projekt KP 03 und 45.000 Euro aus ÖPNV-Mitteln).

Antrag der CDU-Fraktion auf Kürzung des „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programms im Ergebnishaushalt um 150.000 Euro sowie Antrag der AfD auf Kürzung um 12.500 Euro im Finanzhaushalt

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss hat beschlossen, die Mittel für das „Klimaschutz plus 2013-2015“-Programm um insgesamt 98.000 Euro bei den Projekten KP 07, KP 09, KP 12, KP 14 und KP 16 Euro zu kürzen.

D) Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 09.12.2013

Veränderung aus Stellenplanänderungen

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss hat den Veränderungen aus Stellenplanänderungen zugestimmt. Diese wirken sich mit zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von 175.700 Euro aus.

Zinsloses Darlehen an die AWG aus der Nachsorgerückstellung

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss hat der Gewährung eines zinslosen Darlehens aus der Nachsorgerückstellung an die AWG in Höhe von 3,1 Mio. Euro zugestimmt.

Antrag der Paulinenpflege Winnenden auf Erhöhung der Personalkostenerstattung der Autistenklasse der Bodenwaldschule

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss hat beschlossen, den Personalkostenzuschuss für die sozialpädagogische Betreuung der Autistenklasse von 51.000 Euro auf 56.000 Euro ab dem Haushaltsjahr 2015 zu erhöhen.

Freiwilligkeitsleistungen

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss hat Kürzungen bei den Freiwilligkeitsleistungen (ohne die Geschäftsausgaben der Fraktionen), die in der Zuständigkeit des Fachausschusses liegen, in Höhe von 60.570 Euro, abgelehnt. Der Kürzung der Geschäftsausgaben der Fraktionen in Höhe von 2.170 Euro wurde zugestimmt.

RMIM und Sanierungsrückstau

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss hat beschlossen, von den 3 Mio. Euro die zum Abbau des Sanierungsrückstaus eingeplant waren, 1 Mio. Euro zu kürzen. Die Verwaltung schlägt vor, hierbei 150.000 Euro im Ergebnis- und 850.000 Euro im Finanzhaushalt zu kürzen. Hierbei entfallen im Ergebnishaushalt 50.000 Euro auf die Lüftungssanierung beim BSZ Backnang und 100.000 Euro auf Sonstige Maßnahmen im BSZ Waiblingen. Im Finanzhaushalt teilt sich die Kürzung wie folgt auf: 300.000 Euro bei der Lüftungssanierung im BSZ Backnang, 175.000 Euro bei der Fassadensanierung des BSZ Waiblingen, 275.000 Euro beim Einbau eines Blockheizkraftwerks inkl. Der Erneuerung des Heizungsverteilers beim KSZ Fellbach, sowie 100.000 Euro bei der Fortführung der Fassadensanierung beim KSZ Murrhardt.

Fassadensanierung am Beruflichen Schulzentrum Backnang

Aufgrund der bereits erfolgten Zustimmung zum weitergehenden Antrag (Kürzung des Sanierungsrückstaus in Höhe von 1 Mio. Euro), wurde in Absprache mit der AfD auf die Abstimmung über eine Kürzung der Mittel bei der Fassadensanierung am BSZ Backnang verzichtet.

III. Weitere Anträge der Fraktionen zur Behandlung und Entscheidung im Kreistag

Der VSKA hat nachfolgende Themen zur Beratung und Beschlussfassung in den Kreistag verwiesen:

A) Freiwilligkeitsleistungen (Anlage 1)

Aufgrund der unterschiedlichen Beschlüsse in den Fachausschüssen, insbesondere im Hinblick auf die von der CDU-Fraktion beantragte Paketlösung, wurde die Entscheidung über einen Gesamtbeschluss im Hinblick auf die Freiwilligkeitsleistungen an den Kreistag verwiesen.

Antrag der FDP-FW-Fraktion (vgl. Anlage 2, lfd. Nr. 2)

Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen im Jahr 2015. Dargestellt werden soll, wofür die Empfänger die Freiwilligkeitsleistung einsetzen und welche Folgen ein Wegfall oder eine Reduzierung der Freiwilligkeitsleistung bedeuten würde. Die Verwaltung soll darüber hinaus eine Beurteilung vornehmen, welche Freiwilligkeitsleistung ggf. erhöht werden sollte.

Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion (vgl. Anlage 3)

Mit den Freiwilligkeitsleistungen im Jahr 2015 wird wie folgt verfahren:

- 1. Keine Kürzungen bei sozialen und kulturellen Einrichtungen oder Projekten.*
- 2. Keine festgelegte Kürzung, aber sparsame Bewirtschaftung der Positionen, die dem Einfluss der Verwaltung unterliegen mit dem Ziel, mindestens 20% einzusparen.*
- 3. Kürzung bei den Geschäftsausgaben der Fraktionen in vorgeschlagener Höhe.*

Antrag der SPD-Fraktion (vgl. Anlage 4)

Freiwilligkeitsleistungen bleiben ungekürzt (120.070 Euro Vorschlag Verwaltung mit Ausnahme der Geschäftsausgaben der Fraktionen [der Antrag die Geschäftsausgaben der Fraktionen um 4.000 Euro zu kürzen wurde im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss zurückgezogen. Die Fraktion hat sich hierbei dem Vorschlag der Verwaltung angeschlossen].

Antrag der CDU-Fraktion (vgl. Anlage 5)

Kürzung Freiwilligkeitsleistungen um 122.000 Euro als Paketlösung ohne Aufweichung. „...Kürzung bei den Freiwilligkeitsleistungen wie von der Verwaltung vorgeschlagen (€ 122.000) und bei den weitergehenden Anträgen, auch hier den gleichen Maßstab ansetzen und auch hier die 20 % herunter fahren. Dies werden wir in den anstehenden Ausschussberatungen entsprechend vertreten.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Verwaltung erscheint eine temporäre Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen aufgrund der angespannten Haushaltslage vertretbar.

B) Personalaufwand (vgl. Anlage 6)**Antrag der SPD-Fraktion**

Deckelung der Personalaufwendungen bei 64,2 Mio. Euro ab 2016

Stellungnahme der Verwaltung:Steigerung der Personalaufwendungen in den Jahren 2013-2018

Die Steigerung der Personalaufwendungen beträgt gemäß dem Finanzplan des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis in den Jahren 2013 bis 2018 10,4 Mio. Euro (rund 17,8%). Dabei ist zu beachten, dass es sich in den Jahren 2016 bis 2018 um eine geschätzte Steigerung handelt. Hier wurde mit einer pauschalen Steigerungsrate von jährlich 2% gerechnet, um zu gewährleisten, dass eventuelle Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen bei den Mitarbeitern des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis abgedeckt sind. 2013 betrug die tatsächliche Erhöhung der Personalkosten 2,5 % und 2014 5,9 %. Zusätzlich zu den Steigerungen durch die jeweiligen Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen wirkten sich notwendige Stellenschaffungen aus (2013 14,95 Stellen, 2014 22,5 Stellen), deren Notwendigkeit durch Fallzahlsteigerung oder der Übertragung zusätzlicher meist komplexer Aufgaben im Einzelnen begründet wurde. Für das Jahr 2015 liegt die Steigerung, einschließlich der insgesamt 12,25 neuen Stellen bei 3,83%.

Eine Deckelung der Personalaufwendungen ab dem Haushaltsjahr 2016 würde bedeuten, dass sich in den Folgejahren die Tarifierhöhungen bzw. Besoldungserhöhungen auf die Personalstärke auswirken. Um diese Erhöhungen abzufangen, müsste Personal abgebaut werden. Dem Landratsamt wurde jedoch bis auf einige vereinzelte Ausnahmen (z.B. bei der Kraftfahrzeugzulassung oder der Vermessung) bei der Mehrzahl der bisher durchgeführten externen Organisationsuntersuchungen eine angemessene und sachgerechte Personalausstattung attestiert. In einigen Bereichen wurde sogar eine Personalverstärkung empfohlen. Deshalb kann in keinem Bereich Personal abgebaut werden, ohne dass dies sofort auf die Aufgabenerfüllung durchschlägt. Insbesondere im Sozial- und Jugendbereich ist durch ständig steigende Fallzahlen auch weiterhin mit einem erhöhten Personalbedarf zu rechnen.

C) Globale Minderaufwendungen

Antrag der SPD-Fraktion (vgl. Anlagen 7 und 8)

Erhöhung der Personalaufwendungen in 2015 lediglich um 1,0 Mio. Euro statt 2,5 Mio. Euro (entspricht einer globalen Minderaufwendung von 1,5 Mio. Euro) und Erhöhung der Sachkosten nur um 2,3 Mio. Euro statt um 3,7 Mio. (entspricht einer globalen Minderaufwendung von 1,4 Mio. Euro).

Antrag der Freie Wähler-Fraktion (vgl. Anlage 9)

Globale Minderaufwendungen Ergebnishaushalt bei den Personal- und Sachkosten mit 2,5 Mio. Euro.

Antrag der CDU-Fraktion (vgl. Anlage 10)

Globale Minderaufwendung Ergebnishaushalt bei den Personalkosten 500.000 Euro und Sachkosten 500.000 Euro.

Stellungnahme der Verwaltung:

Personalaufwand

Von der insgesamt vorgesehenen Steigerung der Personalkosten um 2,5 Mio. EUR entfallen alleine ca. 1,4 Mio. EUR auf die Erhöhungen der Tarifentgelte bzw. der Besoldung. Eine Erhöhung der Personalkosten um nur 1,0 Mio. EUR entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion wäre demnach – ohne jegliche Stellenneuschaffung - nur mit einer Reduzierung des Personalbestandes zu erreichen (siehe auch Ausführungen zu lfd. Nr. 2).

Gleiches – allerdings in geringerem Umfang - trifft für den Antrag der Freien Wähler zu, wenn die beantragte globale Minderaufwendung von 2,5 Mio. EUR zwischen Personal- und Sachkosten hälftig aufgeteilt würde. Dann würden allein zur Umsetzung der tariflichen und besoldungsrechtlichen Erhöhungen ca. 0,15 Mio. EUR fehlen.

Die mit der Stellenplanvorlage vom 29.09.2014 beantragten Stellenschaffungen sind in der Vorlage 2014-78-VSKA29.09. ausführlich begründet worden. Sie stellen den absolut unumgänglichen Umfang dar, der erst nach eingehender Prüfung in den Stellenplan 2015 aufgenommen wurde. Ihre Nichtschaffung führt zu einer deutlichen Überlastung der bereits in den betroffenen Bereichen vorhandenen Mitarbeiter/innen.

Sachaufwand

Bereits in den Vorjahren wurden die Mittel deutlich reduziert bzw. vorsichtig veranschlagt. Im Jahr 2014 wurden infolge globaler Minderaufwendungen, die im Zuge des Nachtragshaushaltsplans noch erweitert wurden, wichtige Beschaffungen und Wartungsaufgaben zurückgestellt, die nicht weiter verzögert werden sollten. 2014 wurden die Mittel im Zuge des Nachtragshaushaltsplans noch weiter verringert. Für 2015 besteht somit Nachholbedarf aus den Vorjahren.

Ebenfalls sind nur etwa 25,1% (7,0 Mio. Euro) der Sachaufwendungen direkt durch die Verwaltung steuerbar. Im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2014 gab es hier eine minimale Anhebung des Ansatzes in Höhe von 0,3 Mio. Euro, was einer Steigerung von rund 4% entspricht.

Nichts desto trotz macht sich die Verwaltung eine sparsame Bewirtschaftung zur Aufgabe.

D) Grunderwerbsteuer

Antrag der Freie Wähler-Fraktion (vgl. Anlage 11)

Erhöhung des Ansatzes bei der Grunderwerbsteuer um 1,0 Mio. Euro

Antrag der CDU-Fraktion (vgl. Anlage 12)

Erhöhung Ansatz Grunderwerbsteuer um 300.000 Euro

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Ansatz der Grunderwerbsteuer wurde bereits zum Nachtragshaushalt 2014 um 1,2 Mio. Euro nach oben korrigiert. Dieser erhöhte Betrag wurde auch bei der Haushaltsplanung 2015 angesetzt. Eine weitere Anhebung des Ansatzes wäre daher risikobehaftet.

Da das entstehende Risiko bei einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 300.000 Euro jedoch kalkulierbar ist, erscheint ein Ansatz von 20,5 Mio. Euro noch vertretbar.

E) Verwendung möglicher Haushaltsverbesserungen

Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion (vgl. Anlage 13)

Mögliche Haushaltsverbesserungen sollen zur Reduzierung der Schuldaufnahme und nicht für die Senkung der Kreisumlage verwendet werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Verwendung der entstehenden Verbesserungen im Haushalt zur Reduzierung der Schuldaufnahme unterstützt die Verwaltung grundsätzlich. Bekanntlich bindet das Haushaltsjahr 2015 erhebliche Mittel für den Defizitausgleich zugunsten der Rems-Murr-Kliniken und steigender Sozialleistungen, weshalb eine signifikante Steigerung der Kreisumlage im Vergleich zum Vorjahr ansteht. Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung im Jahr 2015 die entstehenden Verbesserungen zur Senkung der Kreisumlage zu verwenden, um die Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises nur soweit in Anspruch zu nehmen, wie unbedingt nötig.

F) Kreisumlage

Antrag der Freie Wähler-Fraktion: **36,09%-Punkte** (Haushaltsrede)

Begründung: Deckung über Globale Minderaufwendungen bei den Personal- und Sachkosten 2,5 Mio. Euro, Erhöhung Grunderwerbsteuer um 1,0 Mio. Euro, weitere Kreditaufnahmen von 8 – 9 Mio. Euro zur Deckung des dann noch verbleibenden Fehlbetrags.

Antrag der FDP/FW-Fraktion: **37,5%-Punkte** (vgl. Anlage 2, lfd. Nr. 1)

Die Wenigererträge sind über eine höhere Kreditaufnahme zu kompensieren.

Antrag der CDU-Fraktion: **37,67%-Punkte** (Haushaltsrede)

Begründung: Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen wie von der Verwaltung vorgeschlagen um 122.000 Euro, Kürzung beim Radwegekonzept um 400.000 Euro; Kürzung bei Fahrrad 2 Go um 175.000 Euro; Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 300.000 Euro; Kürzung beim Klimaschutzkonzept um 150.000 Euro; Verringerung des Betrags zum Abbau des Sanierungsrückstaus um 1,0 Mio. Euro; globale Minderaufwendungen bei den Personalkosten 0,5 Mio. € und Sachkosten 0,5 Mio. Euro.

Antrag der SPD-Fraktion: **37,9%-Punkte** (vgl. Anlage 14)

Begründung: Reduzierung Umlage an den Verband Region Stuttgart 0,6 Mio. Euro; globale Minderaufwendungen bei den Personalkosten 1,5 Mio. Euro und Sachkosten 1,4 Mio. Euro;

Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion: 38,5%-Punkte (Haushaltsrede)

Begründung: Es wird kein Spielraum gesehen, die Kreisumlage zu senken; Haushaltsverbesserungen sollen zur Reduzierung der Schuldaufnahme und nicht für die Senkung der Kreisumlage verwendet werden

Verwaltungsvorschlag: 38,07%-Punkte

Weitere noch vertretbare Varianten liegen bei: 38,0%-Punkten
37,9%-Punkten
37,85%-Punkten

G) Finanzielle Auswirkungen der Anträge der Fraktionen**1a) Anträge Freie Wähler Fraktion**

	Weniger-/ Mehr- erträge/ -einzahlungen Euro	Mehr-/ Weniger- aufwendungen/ -auszahlungen Euro
Saldo seitherige Veränderungen EH+FH zum 08.12.2014 (ohne Kreisumlage)	-2.988.200	-4.853.500
Kreisumlage (Hebesatz 36,09%)	-11.801.000	
Erwartete Rücknahme Kürzung Freiw.leistungen aus SA (bisher in Summe seith.Veränderungen enthalten)		35.300
Grunderwerbsteuer	1.000.000	
Globaler Minderaufwand		-2.500.000
Erhöhung Kreditaufnahme	6.471.000	
Gesamtsaldo	-7.318.200	-7.388.500
Überschuss		0

1b) Anträge FDP-FW-Fraktion

	Weniger-/ Mehr- erträge/ -einzahlungen Euro	Mehr-/ Weniger- aufwendungen/ -auszahlungen Euro
Saldo seitherige Veränderungen EH+FH zum 08.12.2014 (ohne Kreisumlage)	-2.988.200	-4.853.500
Kreisumlage (Hebesatz 37,50%)	-4.897.000	
Erwartete Rücknahme Kürzung Freiw.leistungen aus SA (bisher in Summe seith.Veränderungen enthalten)		35.300
Erhöhung Kreditaufnahme	3.067.000	
Gesamtsaldo	-4.818.200	-4.818.200
Überschuss		0

1c) Anträge der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion

	Weniger-/ Mehr- erträge/ -einzahlungen Euro	Mehr-/ Weniger- aufwendungen/ -auszahlungen Euro
Saldo seitherige Veränderungen EH+FH zum 08.12.2014 (ohne Kreisumlage)	-2.988.200	-4.853.500
Erwartete Rücknahme Kürzung Freiw.leistungen aus SA (bisher in Summe seith.Veränderungen enthalten)		35.300
Kreisumlage (Hebesatz 38,50%)	0	
Reduzierung Kreditaufnahme		1.830.000
Gesamtsaldo	-2.988.200	-2.988.200
Überschuss	0	

1d) Anträge CDU-Fraktion

	Weniger-/ Mehr- erträge/ -einzahlungen Euro	Mehr-/ Weniger- aufwendungen/ -auszahlungen Euro
Saldo seitherige Veränderungen EH+FH zum 08.12.2014 (ohne Kreisumlage)	-2.988.200	-4.853.500
Kreisumlage (Hebesatz 37,67%)	-4.064.000	
Erwartete Rücknahme Kürzung Freiw.leistungen aus SA (bisher in Summe seith.Veränderungen enthalten)		35.300
Grunderwerbsteuer	300.000	
Globaler Minderaufwand		-1.000.000
Gesamtsaldo	-6.752.200	-5.818.200
Fehlbetrag	-934.000	

1e) Anträge der SPD-Fraktion

	Weniger-/ Mehr- erträge/ -einzahlungen Euro	Mehr-/ Weniger- aufwendungen/ -auszahlungen Euro
Saldo seitherige Veränderungen EH+FH zum 08.12.2014 (ohne Kreisumlage)	-2.988.200	-4.853.500
Kreisumlage (Hebesatz 37,90%)	-2.938.000	
Erwartete Rücknahme Kürzung Freiw.leistungen aus SA (bisher in Summe seith.Veränderungen enthalten)		35.300
Globaler Minderaufwand		-3.007.700
Gesamtsaldo	-5.926.200	-7.825.900
Überschuss	1.899.700	

1f) Vorschlag der Verwaltung

	Weniger-/ Mehr- erträge/ -einzahlungen Euro	Mehr-/ Weniger- aufwendungen/ -auszahlungen Euro
Saldo seitherige Veränderungen EH+FH zum 08.12.2014 (ohne Kreisumlage)	-2.988.200	-4.853.500
Kreisumlage (Hebesatz 38,07%)	-2.106.000	
Erwartete Rücknahme Kürzung Freiw.leistungen aus SA (bisher in Summe seith.Veränderungen enthalten)		35.300
Grunderwerbsteuer	276.000	
Gesamtsaldo	-4.818.200	-4.818.200
Überschuss		0

H) Schuldenaufnahme**Antrag der Freie Wähler-Fraktion** (Haushaltsrede)

Der noch offene Fehlbetrag von 8 – 9 Mio. Euro (aus den Klinikdefiziten) soll über weitere Kreditaufnahmen gedeckt werden.

Antrag der FDP-FW-Fraktion (vgl. Anlage 2, lfd. 1, Satz 2; Haushaltsrede)

Finanzierung der höheren Zuweisung an Kliniken i.H.v. 4,6 Mio. Euro über zusätzliche Schuldaufnahme für Investitionen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rems-Murr-Kreis nimmt im Haushaltsjahr bereits Kredite in Höhe von 15,9 Mio. Euro auf, was eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,2 Mio. Euro bedeutet. Hierdurch erhöht sich der zum 31.12.2014 geplante Schuldenstand des Kreises bereits um 17,5%, so dass der Kreis dem 2011 beschlossenen Schuldenabbaukonzept im Jahr 2015 nicht gerecht werden kann.

Eine noch höhere Verschuldung erscheint der Verwaltung, insbesondere im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit, als nicht vertretbar.

Eine zusätzliche Schuldenaufnahme, die (wie von der Freien-Wähler-Fraktion gefordert) oberhalb der Nettoinvestitionsrate liegt, ist zudem rechtlich nicht möglich, da Kredite nur für Investitionen aufgenommen werden dürfen. Den Höchstbetrag einer zusätzlichen Schuldaufnahme bildet die Netto-Investitionsrate, die unter Einbezug aller bisherigen Planänderungen bei 4.862.700 Euro liegt.

IV. Änderungen im Einzelnen

Seite	Prod. gruppe THH	Schlüsselprodukt	Nr.	Empfänger/Verwendungszweck	bisher Euro	neu Euro	Differenz Euro
Ergebnishaushalt							
THH 02: Querschnitt Dezernat 1							
Aufwendungen 147	11.11		17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	238.120	235.920	-2.200
THH 03: Schulen, Bildung und Kultur							
Aufwendungen 249	21.50		16	Transferaufwendungen	460.000	465.000	5.000
THH 04: Querschnitt Geschäftsbereich Finanzen							
Erträge 300	11.24		5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.126.600	5.134.600	8.000
Aufwendungen 300	11.24		13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.771.748	15.621.748	-150.000
THH 05: Forst, Straßen und Abfallwirtschaft							
Erträge 326	53.70	53.70.00.01	4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	30.353.000	27.748.800	-2.604.200
Aufwendungen 326	53.70	53.70.00.01	15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.430.700	826.500	-2.604.200
THH 06: Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz							
Aufwendungen 395	54.70		16	Transferaufwendungen	18.872.700	18.584.700	-288.000
399	57.30		16	Transferaufwendungen	985.000	1.105.500	120.500
THH 07: Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht							
Aufwendungen 431	51.11		11	Personalaufwand	2.416.513	2.417.513	1.000
442	52.10		11	Personalaufwand	987.140	990.440	3.300
479	56.10		11	Personalaufwand	736.978	742.178	5.200
479	56.10		17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	473.474	381.474	-92.000
THH 08 Soziales, Jugend und Gesundheit							
Aufwendungen 511	31.30		11	Personalaufwand	950.215	1.077.815	127.600
515	31.40		11	Personalaufwand	430.699	469.299	38.600
522	31.60		16	Transferaufwendungen	896.700	897.400	700
539	36.30		16	Transferaufwendungen	29.298.900	29.326.400	27.500
THH 09: Finanzwirtschaft							
Erträge 577	61.10		2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Invest.zuw end. u. -beiträge	282.635.000	280.377.700	-2.257.300
Gesamtergebnishaushalt							
			1	Steuern und ähnliche Abgaben	2.387.100	2.387.100	0
			2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Invest.zuw end. u. -beiträge	350.242.800	347.985.500	-2.257.300
			3	sonstige Transfererträge	17.509.000	17.509.000	0
			4	öffentlich-rechtliche Entgelte	30.943.200	28.339.000	-2.604.200
			5	privatrechtliche Leistungsentgelte	8.680.200	8.688.200	8.000
			6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.314.700	26.314.700	0
			7	Zinsen und ähnliche Erträge	874.800	874.800	0
			9	sonstige ordentliche Erträge	1.724.200	1.724.200	0
				Ordentliche Erträge	438.676.000	433.822.500	-4.853.500
			11	Personalaufwendungen	64.174.300	64.350.000	175.700
			13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.021.300	27.871.300	-150.000
			14	planmäßige Abschreibungen	17.558.000	17.558.000	0
			15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.764.600	3.160.400	-2.604.200
			16	Transferaufwendungen	251.292.200	251.157.900	-134.300
			17	sonstige ordentliche Aufwendungen	73.179.600	73.085.400	-94.200
			18	Ordentliche Aufwendungen	439.990.000	437.183.000	-2.807.000
			19/21	Ordentliches Ergebnis	-1.314.000	-3.360.500	-2.046.500
				nachrichtlich: darin enthalten Veränderung Tilgungsanteil im Finanzhaushalt (aus Ergebnishaushalt finanziert)	1.313.000	1.073.000	-240.000
				Saldo Ergebnishaushalt			-1.806.500
Sonderergebnis							
			22	Außerordentliche Erträge	0	0	0
			23	Außerordentliche Aufwendungen	6.000.000	6.000.000	0
			24	Veranschlagtes Sonderergebnis	-6.000.000	-6.000.000	0
			25	Veranschlagtes Gesamtergebnis	-7.314.000	-9.360.500	-2.046.500

Finanzhaushalt							
THH 02: Querschnitt Dezernat I							
Auszahlungen 148	11.11		15	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	238.120	235.920	-2.200
THH 03: Schulen, Bildung und Kultur							
Auszahlungen 250	21.50		14	Transferauszahlungen	460.000	465.000	5.000
THH 04: Querschnitt GB Finanzen							
Einzahlungen 301	11.24		5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.126.600	5.134.600	8.000
Auszahlungen 301	11.24		12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.771.748	15.621.748	-150.000
Auszahlungen - investiv 301	11.24		25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	9.385.000	8.535.000	-850.000
THH 05: Forst, Straßen und Abfallwirtschaft							
Einzahlungen 327	53.70	53.70.00.01	4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	27.748.800	25.144.600	-2.604.200
Auszahlungen - investiv 335	54.20		25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.253.000	3.853.000	-400.000
THH 06: Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz							
Auszahlungen 396	54.70		14	Transferauszahlungen	18.872.700	18.584.700	-288.000
Auszahlungen - investiv 400	57.30		14	Transferauszahlungen	985.000	1.105.500	120.500
Auszahlungen - investiv 396	54.70		28	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	4.111.000	3.275.000	-836.000
Auszahlungen - investiv 400	57.30		28	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	130.000	175.500	45.500
THH 07: Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht							
Auszahlungen 432	51.11		10	Personalauszahlungen	2.415.841	2.416.841	1.000
Auszahlungen 443	52.10		10	Personalauszahlungen	987.140	990.440	3.300
Auszahlungen 480	56.10		10	Personalauszahlungen	736.978	742.178	5.200
Auszahlungen - investiv 480	56.10		15	Sonstige haushaltswirksame Zahlungen	473.474	381.474	-92.000
Auszahlungen - investiv 480	56.10		26	Auszahlungen für den Erw erb v. bew egl. Sachvermögen	12.500	6.500	-6.000
THH 08 Soziales, Jugend und Gesundheit							
Auszahlungen 512	31.30		10	Personalauszahlungen	950.215	1.077.815	127.600
Auszahlungen 516	31.40		10	Personalauszahlungen	430.699	469.299	38.600
Auszahlungen 523	31.60		14	Transferauszahlungen	896.700	897.400	700
Auszahlungen 541	36.30		14	Transferauszahlungen	29.298.900	29.326.400	27.500
THH 09: Finanzwirtschaft							
Einzahlungen 578	61.10		2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Invest.zuw end. u. -beiträge	282.635.000	280.377.700	-2.257.300
Auszahlungen 582	61.20	161200001 7885000	29	Auszahlungen für sonstige Investitionen	0	3.115.000	3.115.000

Gesamtfinanzhaushalt							
			1	Steuern und ähnliche Abgaben	2.387.100	2.387.100	0
			2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Invest.zuw end. u. -beiträge	347.177.800	344.920.500	-2.257.300
			3	sonstige Transfereinzahlungen	17.509.000	17.509.000	0
			4	öffentlich-rechtliche Entgelte	28.339.000	25.734.800	-2.604.200
			5	privatrechtliche Leistungsentgelte	8.680.200	8.688.200	8.000
			6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.314.700	26.314.700	0
			7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	874.800	874.800	0
			8	sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.724.200	1.724.200	0
			9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	433.006.800	428.153.300	-4.853.500
			10	Personalauszahlungen	64.636.100	64.811.800	175.700
			12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.985.300	29.835.300	-150.000
			13	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	2.333.900	2.333.900	0
			14	Transferauszahlungen	251.292.200	251.157.900	-134.300
			15	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	73.179.600	73.085.400	-94.200
			16	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	421.427.100	421.224.300	-202.800
			17	Zahlungsmittelüberschuss od. Zahlungsmittelbedarf	11.579.700	6.929.000	-4.650.700
			18	Einzahl. aus Investitionszuwendungen	720.500	720.500	0
			19	Einzahl. aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0
			20	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	14.300	14.300	0
			21	Einzahlungen aus der Veräußerung v. Finanzvermögen	0	0	0
			22	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1.701.200	1.701.200	0
			23	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.436.000	2.436.000	0
			24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundst. u. Geb.	350.000	350.000	0
			25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	16.438.000	15.188.000	-1.250.000
			26	Auszahlungen f. den Erwerb v. bew egl. Sachvermögen	2.852.800	2.846.800	-6.000
			27	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	501.500	501.500	0
			28	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	4.518.700	3.728.200	-790.500
			29	Auszahlungen für sonstige Investitionen	0	3.115.000	3.115.000
			30	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.661.000	25.729.500	1.068.500
			31	Saldo aus Investitionstätigkeit	-22.225.000	-23.293.500	-1.068.500
			32	Finanzierungsmittelüberschuss bzw. -bedarf	-10.645.300	-16.364.500	-5.719.200
			33	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten u. wirtschaftlich vergleichb. Vorgängen f. Invest.	15.900.000	15.900.000	
			34	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen f. Invest.	2.849.500	2.849.500	
			35	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	13.050.500	13.050.500	0
			36	Finanzierungsmittelbestand	2.405.200	-3.314.000	-5.719.200
Investitionsprogramm							
				THH 04: Querschnitt GB Finanzen			
303	11.24	I11242551	25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.130.000	830.000	-300.000
304	11.24	I11242511	25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	850.000	675.000	-175.000
305	11.24	I11241831	25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	365.000	90.000	-275.000
305	11.24	I11241841	25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	100.000	0	-100.000
				THH 05: Forst, Straßen und Abfallwirtschaft			
341	54.20	I54209981	25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	400.000	0	-400.000
				THH 06: Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz			
397	54.70	I5470000	28	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	4.111.000	3.275.000	-836.000
401	57.30	I57300901	28	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	130.000	175.500	45.500
				THH 07: Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht			
481	56.10	I56100701	26	Auszahlungen für den Erwerb v. bew egl. Sachvermögen	12.500	6.500	-6.000
				THH 09: Finanzwirtschaft			
583	31.30	I61200001	29	Auszahlungen für sonstige Investitionen	0	3.115.000	3.115.000

Verpflichtungsermächtigungen							
THH 04: Querschnitt Finanzen							
307		I 11248201	25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	225.000	225.000

Verpflichtungsermächtigungen

Im Haushaltsplan wurde im Zusammenhang mit der Planung des Sozialdezernats eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 225.000 Euro gebildet. Falls es nicht zur Anmietung durch den Landkreis kommt, müssen der Kreisbaugesellschaft die Planungskosten erstattet werden.

Innere Leistungsverrechnung

Aufgrund einer Änderung eines Verteilungsschlüssels bei der Inneren Verrechnung konnten die Steuerungs- und Serviceprodukte bei der Haushaltsplanung nicht ausgeglichen werden. Dies wurde inzwischen behoben.

AV-Dual

Der neue Bildungsgang **AV-dual** wurde im Haushaltsplanentwurf 2015 bei Produktgruppe 21.50 geplant. Nach Beratungen der „AG Produktplan“ ist das Programm AV-dual der Produktgruppe 57.10 zuzuordnen, da hier auch die Förderung des Übergangs von der Schule in den Beruf enthalten ist. Die Verwaltung wird dies berücksichtigen und die Planansätze dem neuen Produktbereich zuordnen.

V. Finanzplanung

Aufgrund der geänderten mittelfristigen Finanzplanung des Verbands Region Stuttgart musste die Finanzplanung entsprechend angepasst werden.

Seite	Nr.	Empfänger/Verwendungszweck	2016 Euro	2017 Euro	2018 Euro
Gesamtergebnishaushalt					
597	2	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
		Entwurf	353.355.000	359.689.700	359.474.800
		neu	353.336.000	360.426.700	360.943.800
	10	Summe Änderung ordentliche Erträge	-19.000	737.000	1.469.000
	16	Transferaufwendungen			
		Entwurf	252.961.900	255.167.400	253.995.300
		neu	252.942.900	255.904.400	255.464.300
	18	Summe Änderung ordentliche Aufwendungen	-19.000	737.000	1.469.000
	19	Saldo (Änderung ordentliches Ergebnis)	0	0	0
Gesamtfinanzhaushalt					
598	2	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
		Entwurf	353.355.000	359.689.700	359.474.800
		neu	353.336.000	360.426.700	360.943.800
	9	Summe Änderung Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-19.000	737.000	1.469.000
	14	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen			
		Entwurf	252.961.900	255.167.400	253.995.300
		neu	252.942.900	255.904.400	255.464.300
	16	Summe Änderung Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-19.000	737.000	1.469.000
	17	Saldo (Änderung Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	0
	36	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	0	0	0

VI. Stellenplan Landratsamt

Im Teilhaushalt 7 wird auf die Streichung der vorgesehenen EG 14-Stelle verzichtet, und diese in eine A11-Stelle umgewandelt. Im Teilhaushalt 8 werden eine Stelle in S 11 und drei Stellen in A 9 neu geschaffen. Weiterhin kam es zu Stellenhebungen aufgrund von Stellenbewertungen. Bei den Beamten wurde im Teilhaushalt 7 eine A 10-Stelle in A 11 gehoben, im Teilhaushalt 8 erfolgt die Anhebung einer 0,4 Stelle in A 8 in A 9mD. Bei den Angestellten kommt es im Teilhaushalt 7 zu einer Stellenhebung von EG 8 nach EG 9, sowie von EG 10 nach EG 11. Im Teilhaushalt 8 wird eine Stelle von EG 8 auf EG 9 angehoben. (VSKA-Entscheidung am 08.12.2013, Drucksache 2014-78a-VSKA08.12.). Siehe hierzu auch Ziff. II, D), S. 12 der Vorlage sowie Anlage 15.

VII. Haushaltsplanentwurf der Rems-Murr-Stiftung

Auf die Verwaltung und Wirtschaftsführung der Rems-Murr-Stiftung werden die Vorschriften der Gemeindeordnung angewendet. Danach ist für die Verabschiedung des Haushalts der Rems-Murr-Stiftung der Kreistag zuständig, während die Mittelvergabe nach § 10 der Stiftungssatzung in die Zuständigkeit des Stiftungsbeirats fällt.

Nähere Erläuterungen können dem Vorbericht des angeschlossenen Haushaltsentwurfes (Anlage 16) auf den Seiten 2 und 3 entnommen werden.

Der Stiftungsbeirat hat den Haushalt in seiner Sitzung am 16.10.2014 ausführlich beraten und dem Kreistag die Verabschiedung – wie vorgelegt – empfohlen.